

Es fehlen entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Böwing, Anna-Lena
Förster, Richard
Lembeck, Guido
Rahsing, Ewald
Schulze Baek, Franz-Josef

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:15 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herr Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 05. September 2017 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

1.1 Instandsetzung beschädigter Wirtschaftswege - Herr Suthoff

Herr Suthoff möchte wissen, wann die durch die Erstellung von Windenergieanlagen beschädigten Wirtschaftswege instand gesetzt werden und der Rückbau der Seitenstreifen erfolge.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er zu den ggf. beschädigten Wegen in der Bauernschaft „Höpingen“ keine Aussage treffen könne, da diese Wege sich in Privatbesitz befinden. Bei den Wegen in der Bauernschaft „Hegerort“ seien wie für die übrigen Standorte der Windenergieanlagen bezüglich der Instandsetzung vertragliche Regelungen getroffen worden. Ebenso sei jeweils eine Fotodokumentation über den vorherigen und den jetzigen Zustand angefertigt worden, so Bürgermeister Gottheil. Die Instandsetzung und der Rückbau müssten noch mit den Investoren abgesprochen werden, so dass zurzeit noch keine Zeitschiene vorliege, ergänzt Bürgermeister Gottheil.

1.2 Standort Wohnmobilstellplatz im OT Darfeld - Herr Kuhlmann

Herr Kuhlmann möchte wissen, wo der weitere Stellplatz für Wohnmobile im OT Darfeld aufgrund der Ergebnisse des IKEK erschlossen werden solle.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass es sich bei dem Maßnahmenpaket um eine Zusammenfassung aller Ideen aus den unterschiedlichen Veranstaltungen und deren Ausarbeitung handele. Er könne sich vorstellen, dass ein Campingplatz zwischen dem Bahnhof und der Bauernschaft „Höpingen“ auf der rechten Seite im Zusammenhang mit der Flurbereinigung entstehen könne. Er ergänzt, dass ein Campingplatz schon früher angedacht gewesen sei, aber schlussendlich dem Bau der Umgehungsstraße der Vorzug gewährt worden sei. Auch müsse die Realisierbarkeit an sich noch geprüft werden, so Bürgermeister Gottheil.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Flächennutzungsplan Windenergiebereichszonen - Herr Branse

Ratsmitglied Branse möchte wissen, wann der Flächennutzungsplan für die Windenergiebereichszonen in Kraft treten werde.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass mit Herrn Ahn vom Planungsbüro Wolters-Partner aus Coesfeld über den Windenergieerlass der Landesregierung kommuniziert worden sei. Auch sei darüber gesprochen worden, wie und wann in den betreffenden Ausschüssen Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise beschlossen werden sollen. Er ergänzt, dass zu den von der Landesregierung NRW geplanten Regelungen auch noch eine Bauamtsleitertagung anberaumt werden solle. Danach werde gemeinsam mit den Fraktionen die weitere Vorgehensweise festgelegt.

2.2 Schulische Kooperation zwischen der Stadt Billerbeck und der Gemeinde Havixbeck - Herr Branse

Ratsmitglied Branse macht deutlich, dass in der Zweckverbandsversammlung beschlossen worden sei, dass aufgrund der sinkenden Schülerzahlen ein Gespräch mit der Stadt Billerbeck geführt werden solle. Er habe aus der Tagespresse erfahren, dass die Stadt Billerbeck mit der Gemeinde Havixbeck eine schulische Kooperation anstrebe. Er möchte wissen, wie mit dieser Kooperation umgegangen werden solle und welche Bedeutung diese für Rosendahl habe.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass im Mai 2017 ein Informationsgespräch mit der Gemeinde Havixbeck, der Stadt Billerbeck und der Gemeinde Rosendahl zu den sinkenden Schülerzahlen und die weitere Vorgehensweise zur Erhöhung der Schülerzahlen stattgefunden habe. Er habe ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Havixbeck über die in der Lokalpresse kommunizierte Kooperation geführt und seinen Unmut über die Vorgehensweise kundgetan. In der 38. Kalenderwoche sollen die umliegenden Kommunen informiert werden, wie mit der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck und der Kooperation weiter vorgegangen werden solle, ergänzt Bürgermeister Gottheil.

2.3 Ehemaliges Ratsmitglied Splaning - Herr Eimers

Ratsmitglied Eimers führt aus, dass das ehemalige Ratsmitglied Heinrich Splaning verstorben sei und er neben Bürgermeister Gottheil an der Beisetzung teilgenommen habe. Ratsmitglied Eimers gibt einen kleinen Rückblick über die politische Arbeit von Herrn Splaning und spricht an Bürgermeister Gottheil Dank für die Teilnahme an der Beisetzung aus.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass es angezeigt sei, Verstorbene, die sich über einen solch langen Zeitraum ehrenamtlich für die Belange der Gemeinde Rosendahl eingesetzt hätten, auf ihrem letzten Weg zu begleiten.

2.4 Glasfaserversorgung im Gemeindegebiet - Herr Eimers

Ratsmitglied Eimers führt aus, dass er mit der Glasfaserversorgung im Gemeindegebiet nicht einverstanden sei. Seiner Meinung nach sollte seinerzeit nur $\frac{1}{4}$ des OT Holtwick an das Glasfasernetz durch die Firma „BOR-Net“ angeschlossen werden. Hierin sehe er ein Versäumnis der politischen Gremien, dass nicht sofort eine Vereinbarung zur Versorgung für das gesamte Gemeindegebiet mit Glasfaser getroffen worden sei. Auch sei der Kreis Coesfeld nicht schlüssig bei der Realisierung und Umsetzung des Glasfasernetzes vorgegangen, so Herr Eimers. Weiterhin habe er kein Verständnis für die unterschiedlich hohen Anschlussgebühren zwischen Innen- und Außenbereich.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass in verschiedenen Gesprächen darüber informiert worden sei, dass durch die Firma „BOR-Net“ die Vectoringtechnik und keine Glasfaser eingesetzt werde. Er ergänzt, dass die bisher mit dieser Technik ausgestatteten Anschlüsse zukünftig wohl nochmals wieder bedient werden müssen, da die Vectoringtechnik nicht für Zukunft ausgelegt sei. Zur Abdeckung des vollständigen Gemeindegebietes mit Glasfaser sei kein Anbieter gefunden worden, so Bürgermeister Gottheil. Er ergänzt, dass aus der ursprünglich angedachten Versorgung von einem Viertel des OT Holtwick nun eine komplette Abdeckung des OT Holtwick nebst dem Gewerbegebiet erfolgt sei. Er führt aus, dass sich die Kosten für den Aufwand im normalen Bereich befinden und es im Gemeindegebiet mittlerweile eine gute Abdeckung des Glasfasernetzes, so auch im Innenbereich von Osterwick und Darfeld sowie im Gewerbegebiet Osterwick gebe. Der Nachbarkreis Borken orientiere sich zum Teil schon beim Ausbau des Glasfasernetzes an der Gemeinde Rosendahl. So würden Bauernschaften aus Gescher und Stadtlohn teilweise über den Hegerort mit angebunden.

Ratsmitglied Kreuzfeldt führt aus, dass verschiedene Möglichkeiten der Nutzung des Glasfasernetzes im Gemeindegebiet vorhanden seien und es im Gemeindegebiet ein technisch sehr gutes Glasfasernetz gebe.

Ratsmitglied Branse führt aus, dass Erdarbeiten im Außenbereich in Eigenregie durchgeführt werden. Er möchte wissen, wie eine solche Vorgehensweise möglich sei.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass dies eine Unterstützung bei der Verlegung sei. Teilweise müssten Kopflöcher erstellt oder Kabeltrassen in die vom Pflug erstellten Gräben eingelegt werden. Diese Verlegemethode sei neu entwickelt worden: Mit einem Pflug werde eine Furche in die Wegeränder gezogen und das Kabel müsse nur noch eingelegt werden.

3 Bericht aus anderen Gremien

3.1 Veranstaltung der Münsterland e.V. - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er am 30.08.2017 an der großen Zwischeninformationsveranstaltung von „Münsterland e.V.“ teilgenommen habe. Thema dieser Veranstaltung sei die Außendarstellung des Münsterlandes gewesen. Tenor sei, dass sich das Münsterland marketingtechnisch mit all seinen verschiedenen Facetten präsentieren solle. Dieses sei in einem Vortrag von Herrn Christoph Engel von der Unternehmensberatung „Grand Trust“ verdeutlicht worden, so Bürgermeister Gottheil.

3.2 Verabschiedung des Regierungspräsidenten - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er am 31. August 2017 an der Verabschiedung von Regierungspräsident Prof. Dr. Reinhard Klenke und der gleichzeitigen Amtseinführung von Frau Dorothee Feller zur neuen Regierungspräsidentin teilgenommen habe.

3.3 IHK-Jahresempfang und Neueröffnung Schulungszentrum in Münster - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er am 07. September 2017 im neuen IHK-Bildungszentrum in Münster an dem Jahresempfang und der Einweihung des neuen Schulungszentrums teilgenommen habe.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Rates vom 13. Juli 2017.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 Gescho

Bürgermeister Gottheil fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentlichen Niederschriften über die Sitzungen des Rates am 18. Mai 2017, 29. Juni 2017 und 13. Juli 2017 gibt.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die öffentlichen Niederschriften über die Sitzungen des Rates RAT/IX/28 am 18. Mai 2017, RAT/IX/29 vom 29. Juni 2017 und RAT/IX/30 vom 13. Juli 2017 werden hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Neubestellung von Vertretern in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde Rosendahl beteiligt ist Vorlage: IX/546

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/546 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Gemeinde Rosendahl beschließt die Neubesetzung der Gremien in der in der Sitzungsvorlage IX/546 vorgeschlagenen Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Erstellung eines Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK) für die Gemeinde Rosendahl
Präsentation des Berichtes
Vorlage: IX/553**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/553 und gibt Erläuterungen.

Anschließend begrüßt er Frau Kreß und die Herren Körbel und Radtke von der Firma „plan-lokal“ Dortmund, welche in der heutigen Sitzung den Entwurf des IKEK vorstellen werden.

Herr Körbel gibt eine kurze Einführung über sich und die Firma „plan-lokal“ und hält mittels einer Power-Point-Präsentation einen Vortrag über den Ablauf und die entwickelten Maßnahmen. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage I** bei.

Ratsmitglied Lethmate wundert sich, dass eine Überlastung der innerörtlichen Straßen festgestellt worden sei. Er möchte wissen, wie hoch die Belastung sei.

Herr Körbel führt aus, dass keine Verkehrszählung vorgenommen worden sei. Es sei erheblicher Schwerlastverkehr in den drei Ortskernen festgestellt worden und hierbei sei aufgefallen, dass diese Fahrzeuge beim Befahren der Straßen Probleme aufgrund der vorhandenen Gegebenheiten haben. Die Umgehungsstraßen brächten wohl eine Entlastung für die Ortskerne, könnten die Ortskerne aber nicht vollständig entlasten.

Ratsmitglied Weber führt aus, dass es bei der Definition der Ziele wichtig sei, dass Dinge umfänglich benannt werden. Er ergänzt, dass der Umwelt ein größerer Raum im Rahmen des IKEK eingeräumt werden solle.

Ratsmitglied Espelkott möchte wissen, ob die Umgestaltung der Liegenschaft „Markt 1“ im OT Darfeld als eine Empfehlung oder eine Maßnahme besprochen werden solle.

Herr Körbel führt aus, dass Empfehlungen/Maßnahmen solange besprochen werden könnten, wie noch kein Zugriff auf die Eigentumsverhältnisse erfolgt sei und es somit nur zu einer Vorstellung von Empfehlungen und möglichen Maßnahmen kommen könne. Er empfehle, dass bei konkret möglichen Maßnahmen frühzeitig Kontakt mit Eigentümern aufgenommen werden solle.

Fachbereichsleiterin Brodkorb ergänzt, dass die Empfehlung „Markt 1“ im OT Darfeld nur exemplarisch dafür genommen werden solle, wo Änderungen möglich seien.

Ratsmitglied Branse führt aus, dass er große Probleme in der Umsetzung von Maßnahmen bei der Liegenschaft „Markt 1“ im OT Darfeld aufgrund eigener Erfahrungen sehe und er deshalb der Meinung sei, dass dieses Gebäude nicht wirtschaftlich betrieben werden könne.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er Ansatzpunkte dafür gegeben sehe, was umgesetzt werden könne. Die tatsächliche Umsetzung der Empfehlung für die Liegenschaft „Markt 1“ im OT Darfeld als Maßnahme müsse bei einer Konkretisierung noch geklärt werden, so Bürgermeister Gottheil. Dies gelte auch für die weiteren 21 Maßnahmen bei einer möglichen Umsetzung und Vorgehensweise, ergänzt Bürgermeister Gottheil.

Ratsmitglied Steindorf verlässt um 20.14 Uhr die Sitzung.

Ratsmitglied Espelkott verlässt von 20.28 bis 20.32 Uhr die Sitzung.

Bürgermeister Gottheil spricht Dank an Herrn Körbel für seine Ausführungen aus. Er ergänzt, dass in den Fachausschüssen nun die einzelnen Maßnahmen behandelt werden. In der Sitzung des Rates am 05. Oktober 2017 solle das IKEK beschlossen werden. Eine Präsentation der Maßnahmen unter Anteilnahme der Öffentlichkeit solle danach am 17.10.2017 in den Räumen der Fa. Sika stattfinden.

Ratsmitglied Espelkott möchte wissen, ob Einschätzungen vorliegen und ob es durch die neue Landesregierung zu Veränderungen der Fördermöglichkeiten zur Umsetzung des IKEK kommen könne.

Herr Körbel führt aus, dass eine Einschätzung kaum möglich sei. Er ergänzt, dass es die Gemeindeentwicklungsplanung einschließlich der Förderungen immer gegeben habe und er eine komplette Aussetzung für unwahrscheinlich halte. Er weist darauf hin, dass es jedoch zu Veränderungen der Rahmenbedingungen kommen könne, welche u.a. der Bezirksregierung Münster auch noch nicht bekannt seien.

Ratsmitglied Deitert möchte wissen, woran es ausgemacht werde, dass eine Unterversorgung im Bereich der öffentlich zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten z.B. als Versammlungsstätte bestehe.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass der Wunsch nach der Schaffung einer Versammlungsstätte im Rahmen der Erarbeitung des IKEK geäußert worden seien, da der Bedarf, gewisse Räume auch zu anderen Zeiten nutzen zu können, bestehe.

Herr Körbel ergänzt, dass vielleicht durch die Hereinnahme von vorhandenen Räumen von z.B. ungenutzten Gaststätten Abhilfe geschaffen werden könne.

Ratsmitglied Lethmate spricht an Herrn Körbel und das Büro plan-lokal allgemein für die CDU-Fraktion Dank für die bisher geleistete Arbeit aus. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Eine formale Beschlussfassung durch den Rat ist nicht erforderlich.

**8 Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom Bundestagsabgeordneten Dr. Alexander Soranto Neu zur Adressweitergabe an die Bundeswehr
Vorlage: IX/547**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/547 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Fedder führt aus, dass er den Ausführungen der Sitzungsvorlage folgen könne, er durch die Thematik bezüglich des Umgangs mit persönlichen Daten zum Nachdenken gekommen sei. Auch bei einem berechtigtem Interesse sollen die persönlichen Daten nicht ohne weiteres übermittelt werden dürfen, so Herr Fedder. Diese Thematik solle in der Bevölkerung zu einer Sensibilisierung führen.

Ratsmitglied Branse führt aus, dass das Meldegesetz durch einen Beschluss des Rates geändert werden solle, er dies aber in der Zuständigkeit der Bundesregierung sehe und deshalb die Anregung zurückgewiesen werden solle.

Ratsmitglied Weber führt aus, dass er die Anregung ablehne. Er möchte wissen, wie ein Bürger in Erfahrung bringen könne, ob seine Daten weitergeleitet worden seien.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass eine entsprechende Auskunft auf Nachfrage an den Bürger erteilt werde. Der Anspruch auf Beantwortung resultiere aus den Vorschriften des Informationsfreiheitsgesetzes NRW.

Ratsmitglied Fedder führt aus, dass die CDU-Fraktion zur bevorstehenden Bundestagswahl auch Jungwähler angeschrieben habe. Er möchte wissen, wie die Fraktion in den Besitz der Daten dieser Personengruppe gekommen sei und ob dafür ein Entgelt entrichtet werden musste.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er keine Kenntnis über ein Schreiben der CDU-Fraktion habe und somit auch keine Auskünfte zu einer möglichen Datenübermittlung machen könne. Über die Niederschrift werde hierzu Auskunft gegeben ebenso wie ein Bürger gegen die Übermittlung von persönlichen Daten machen könne.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Antwort zur Frage von Ausschussmitglied Fedder:

Wie bei jeder Wahl steht den politischen Parteien die Möglichkeit zur Verfügung, aus dem Wählerverzeichnis die Adressen der Jung-/Erstwähler zu beantragen. Geregelt ist diese Möglichkeit (die schon seit vielen Jahrzehnten besteht) im Bundesmeldegesetz § 50

„§ 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen

- (1) Die Meldebehörde darf Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § [44](#) Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Daten von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter bestimmend ist.
- (2) Die Geburtsdaten der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden.

- (3) Die Person oder Stelle, der die Daten übermittelt werden, darf diese nur für die Werbung bei einer Wahl oder Abstimmung verwenden und hat sie spätestens einen Monat nach der Wahl oder Abstimmung zu löschen oder zu vernichten.“

Die Möglichkeit, gegen diese Weitergabe Widerspruch einzulegen, ist in § 50 Abs. 5 Bundesmeldegesetz geregelt.

„Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen gemäß § 50 Abs. 5 BMG (Bundesmeldegesetz in Verbindung mit § 50 Abs. 1 BMG möglich.“

Auf die Möglichkeit des Widerspruchs wird regelmäßig im Frühjahr eines jeden Jahres in der ortsüblichen Form (Bekanntmachung im Amtsblatt) hingewiesen.

Zu den Kosten:

Aufgrund der Möglichkeiten der DV und der Übermittlung durch eine Excel-Datei (also papierlos) fallen so geringe Kosten an, dass auf die Erhebung von Gebühren für politische Parteien seit Jahren verzichtet wird.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Gemeinde Rosendahl nimmt Kenntnis von der Anregung des Bundestagsabgeordneten Dr. Alexander Soranto Neu zur Adressweitergabe an die Bundeswehr und weist diese als unzulässig zurück.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 Zuleitung des Entwurfes des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 der Gemeinde Rosendahl gemäß § 95 GO NRW Vorlage: IX/535

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/535 und gibt Erläuterungen.

Kämmerin Nürnberg berichtet ausführlich und umfänglich über den Entwurf des Jahresabschlusses mittels einer Power-Point-Präsentation, welche der Niederschrift als **Anlage II** beiliegt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Der in der Sitzung des Rates am 14.09.2017 zugeleitete Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 der Gemeinde Rosendahl wird gemäß §§ 59 Abs. 3 und 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 Zuleitung des Entwurfes des Gesamtabchlusses 2016 gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 GO NRW
Vorlage: IX/537**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/537, gibt Erläuterungen und führt aus, dass Doppeelerläuterungen vermieden werden sollen. Im Gesamtergebnis sei mit Blick auf den Konsolidierungskreis eine geringfügige Abweichung zwischen Jahres- und Gesamtabchluss festzustellen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der in der Sitzung des Rates am 14.09.2017 zugeleitete Gesamtabchluss (sog. Konzernabschluss) für das Haushaltsjahr 2016 wird gemäß § 116 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11 Finanzausgabenbericht für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: IX/540**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/540 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Mensing verlässt von 21.09 – 21.11 Uhr die Sitzung.

Ratsmitglied Hemker verlässt von 21.11 – 21.14 Uhr die Sitzung.

Kämmerin Nürnberg stellt den Zwischenbericht mittels einer Power-Point-Präsentation ausführlich und sehr detailliert dar. Die Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage III** bei.

Ratsmitglied Mensing führt aus, dass die Abweichungen relativ gering seien. Er möchte wissen, warum es Abweichungen bei den Konzessionsabgaben gebe.

Kämmerin Nürnberg führt aus, dass die Höhe der Abschläge der Konzessionsabgaben durch den Konzessionär bekanntgegeben werde und es eine Rückerstattung aus 2015 gegeben habe, welche im Haushalt 2017 zu einer Belastung führe.

Ratsmitglied Fedder möchte wissen, was mit einer Überleistung an Strom passiere und ob hierfür auch eine Erstattung erfolge.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass dazu kein Kenntnisstand vorliege und hierzu Frau Mathis in der nächsten Gesellschafterversammlung der Netzgesellschaft Rosendahl mbH befragt werden könne.

Ratsmitglied Kreuzfeldt führt aus, dass durch die neue Landesregierung am 05. September 2017 ein Beschluss gefasst worden sei, wonach Krankenhäuser stärker finanziell unterstützt werden sollen. Er möchte wissen, ob diese Mehrbelastungen in Höhe von ermittelten 60.000 € für Rosendahl mit in den Zwischenbericht eingeflossen seien.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass diese Summe im Finanzzwischenbericht noch nicht enthalten sei, da es noch nicht sicher sei, ob diese Summe tatsächlich gezahlt werden müsse. Insoweit seien noch parlamentarische Beschlüsse des Landtags NRW erforderlich.

Ratsmitglied Branse führt aus, dass der Gemeinde Rosendahl zum Ende des Jahres voraussichtlich ein liquider Bestand von ca. 5.800.000 € zur Verfügung stehe. Er empfinde es als beschämend, dass die Gemeinde Rosendahl ein solch hohes Vermögen aufweise und bei den Gebührenkalkulationen immer noch mit einem kalkulatorischen Zinssatz von 6 % gerechnet werde, während gegenwärtig vermehrt Armut in der Bevölkerung herrsche.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Rat fasst folgenden **Beschluss**:

Der Finanzzwischenbericht für das Haushaltsjahr 2017 wird einschließlich der mit dem Bericht bekannt gegebenen unerheblichen über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: formal einstimmig

12 Mitteilungen

12.1 Start der "KlimaSchutzWoche" - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass der Start der „KlimaSchutzWoche“ erfolgt sei und Frau Schlüter und Frau Kortüm an der Eröffnung teilgenommen haben.

12.2 Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans die Firma „Antwort ING“ aus Köln beauftragt worden sei.

13 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

Gottheil
Bürgermeister

Marco Heitz
Schriftführer